

Analyse

Die russische Debatte zur Jukos-Affäre. Rechtsstaatlichkeit contra Staatsinterventionismus

Josephine Bollinger-Kanne, München

Zusammenfassung

Bei den turbulenten Ereignissen um die einst zweitgrößte russische Erdölgesellschaft Jukos standen sich in Russland Vertreter aus Politik und Wirtschaft gegenüber, die sich vor allem zwei Gruppen zuordnen lassen. Betonen die Vertreter der einen Gruppe, dass das Jukosverfahren mit der Gesetzgebung konform geht und hinsichtlich der Durchsetzung der Steuerpflicht für alle einen Beitrag zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Land liefert, sehen die anderen im Jukosfall eine unrechtmäßige Strategie der „Silowiki“ in Putins Administration, die Kontrolle über den Energiesektor mittels Renationalisierung zurückzuerlangen.

Die offizielle Version: Rechtsstaatlichkeit

Präsident *Wladimir Putin* selbst hat die Jukos-Affäre immer als Beitrag zur Durchsetzung von mehr Rechtsstaatlichkeit im Land präsentiert. Dementsprechend hat er zwei Tage nach der Verhaftung des damaligen Unternehmenschefs von Jukos und Milliardärs Michail Chodorkowskij wegen Steuerhinterziehung und Privatisierungsbetrug auf einer Sitzung im Oktober 2003 mit seinen Regierungsvertretern verlauten lassen, dass es keine Treffen und Aushandlungen mit Verbands- und Unternehmensvertretern geben wird und die rechtsprechenden Organe ganz im Rahmen der russischen Gesetzgebung handeln.

Um Befürchtungen über Privatisierungsrevisionen entgegen zu treten, erklärte er beim EU Gipfel in Rom im November 2003 in einem Interview, dass Deprivatisierungen und Revisionen der Privatisierungsergebnisse nicht vorgesehen seien, betonte aber gleichzeitig, dass alle im Land nach dem Gesetz leben müssen. In das folgende Verfahren griff Putin bis auf eine Erklärung, nicht an einem Bankrott des Unternehmens interessiert zu sein, nicht öffentlich ein.

Nach dem Erwerb des erdölfördernden Herzstücks von Jukos, der Juganskneftegas, durch die staatliche Erdölgesellschaft Rosneft äußerte er in seiner Pressekonferenz am 23. Dezember 2004 im Kreml, dass Staatsunternehmen und andere Marktteilnehmer ihre Rechte haben und der Staat, wenn er die legalen Marktmechanismen nutzt, seine Interessen rechtmäßig wahrnimmt.

Empfehlungen zum Vorgehen im Jukosfall erhielt Putin besonders von den führenden Vertretern in seiner Administration. Einige Tage nach der Verhaftung Chodorkowskij kam es dort zu einschneidenden Veränderungen zugunsten von Putins St. Petersburger Führungsriege. Der bis dahin amtierende Vorsitzende

und Vertreter der alten Kremlelite aus Jelzintagen Alexander Woloschin wurde durch seinen ersten Stellvertreter Dmitrij Medwedjew ersetzt, der den St. Petersburger gemäßigten Juristen angehört und zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des halbstaatlichen Gazpromkonzerns ist.

Im April 2004 wurde Igor Setschin, der als langjähriger Wegbegleiter Putins die starken Männer aus Geheimdienstkreisen in Putins Administration, die „Silowiki“, anführt, neben Wladislaw Surkov Medwedjews Stellvertreter. In der Kremladministration gilt er als graue Eminenz und ist zudem im letzten Jahr über den Vorsitz im Aufsichtsrat der staatlichen Erdölgesellschaft Rosneft zum „Erdölkardinal“ aufgestiegen.

Im Jukosverfahren handelten sowohl Medwedjew als auch Setschin wie Putin selbst im Hintergrund und ließen die involvierten rechtsprechenden Organe in der Öffentlichkeit agieren, in denen sich ebenfalls eine Reihe von „Silowiki“ finden. Nur einmal meldete Medwedjew seine Zweifel an, indem er die juristische Effektivität der Beschlagnahme von Jukosaktien im Herbst 2003 infrage stellte. In den Geschehnissen zur Auktion von Juganskneftegas zur Tilgung der Steuerschuld von Jukos traten die Positionen der Kremlstrategen schließlich deutlicher zutage.

Am Vorabend der Auktion im Dezember 2004 galt die im Herbst 2004 von Gazprom und Rosneft gebildete Tochtergesellschaft Gazpromneft als Favorit, obgleich beide Muttergesellschaften zuvor bekundet hatten, nicht an Juganskneftegas interessiert zu sein. Zur erfolgreichen Auktionsteilnahme hatte Gazpromneft einen Kredit von einem ausländischen Finanzkonsortium unter Führung der Deutschen Bank in Aussicht.

Nach dem Verbot zur Teilnahme an der Auktion durch das Gericht für Insolvenzangelegenheiten in Houston (USA) und der folgenden Kreditaufkündigung durch das ausländische Finanzkonsortium kam es zu einem Strategiewechsel. Zum Erwerb von Juganskneftegas durch Rosneft wurde die unbekannte Baikalfinanzgruppe zwischengeschaltet. Gazpromneft wurde abgewickelt, und die Zusammenlegung von Gazprom und Rosneft wird in einem neuerlichen Anlauf realisiert, um der amerikanischen Gerichtsbarkeit keine Angriffsfläche zu bieten.

Putins alte und neue Regierung hat sich weitestgehend an seine Anweisung gehalten, sich nicht in die Diskussion um Jukos hinziehen zu lassen. Sie hat mit Ausnahme des im März 2004 abgelösten Regierungschefs Michail Kasjanow keine Kritik am Vorgehen der maßgeblichen Kremlstrategen laut werden lassen und diverse Vorschläge der Jukosspitze zur Tilgung der Steuerschuld nicht kommentiert. Die Entscheidung zur Auktion der Juganskneftegasanteile geschah auf formalen Beschluss durch das Justizministerium hin.

Aus den Reihen der Dumaabgeordneten und Föderationsratsmitglieder gab es ebenfalls keine durchgreifenden Einwände zu Putins Kurs in Sachen Jukos. Oppositionsparteien wie Jabloko oder die Union der Rechten Kräfte, denen Chodorkowskij im Mai 2003 seine Unterstützung im Wahlkampf zugesagt hatte und die sich für ihn in der Folgezeit eingesetzt hatten, erreichten bei den Dumawahlen im Dezember 2003 nicht einmal die für den Einzug in das Parlament notwendige Fünfprozentmarke, so dass Putin seitdem im Parlament über eine komfortable verfassungsgebende Mehrheit verfügt und hier keine Gegenwehr mehr zu befürchten hat. Die jüngsten Reformen auf der föderativen Ebene hatten gleichfalls eine Stärkung der Zentralmacht und kremlkonformes Verhalten zur Folge.

Die Kritiker: Staatsinterventionismus

Als nahezu einziger entschiedener Kritiker aus den eigenen Reihen zum Vorgehen im Jukosfall trat Putins liberaler Wirtschaftsberater *Andrej Illarionow* wiederholt in Erscheinung. Bereits im Sommer 2003 warnte er davor, dass mit der sich zuspitzenden Jukos-Affäre eine „Büchse der Pandora“ geöffnet werde, die eine Revision der Privatisierungen der neunziger Jahre und einen Bürgerkrieg nach sich ziehen könne. Nach der Verhaftung Chodorkowskij machte er auf ungeheuerliche Auswirkungen für das Land durch eine „Eskalation der Situation“ aufmerksam.

Auf seiner Presskonferenz Ende Dezember 2004 nannte er die Versteigerung der Juganskneftegasanteile die „Affäre des Jahres“ und schlussfolgerte, dass sich das Modell der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Entwicklung im Land endgültig verändert habe und die Vertreter der Staatsmacht sich inkompetent in die Wirtschaft einmischen. Vor diesem Hintergrund wurde er Anfang 2005 seines Amtes als zuständiger Vertreter des Präsidenten bei G8-Angelegenheiten enthoben und in seinen Kompetenzen beschnitten.

Führende Vertreter des russischen Unternehmerverbandes, in dem die Wirtschaftselite des Landes inklusive Chodorkowskij branchenübergreifend organisiert ist, befürchteten wie Illarionow in Verbindung mit der Jukos-Affäre Privatisierungsrevisionen. Sowohl im Vorfeld als auch nach der Verhaftung Chodorkowskij richteten sie Anfragen bzw. Briefe an den Präsidenten, damit dieser Stellung hierzu nehme. Da Putin signalisierte, dass keine Revisionen der Privatisierungsergebnisse vorgesehen seien, setzten die Verbandsvertreter auf Verhandlungen.

Zur Auktion von Juganskneftegas äußerte sich der Verbandsvorsitzende *Arkadij Wolskij* dann allerdings eindeutig kritisch und hob einen immensen Schaden für das Investitionsimage Russlands aufgrund der seltsamen Verkaufsprozedur hervor. Wolskij's Vizepräsident *Igor Jürgens* hatte zwar bereits im Oktober 2004 einen durch Jukos initiierten Übergang zum Staatskapitalismus öffentlich thematisiert, aber dieser wurde in der Folgezeit im Dialog mit den Staatsorganen nicht diskutiert. Der Einfluss des Unternehmerverbandes ist begrenzt und hat sich im Verlauf der Jukos-Affäre verringert.

Kurz vor seiner Verhaftung brachte *Michail Chodorkowskij* in Interviews zum Ausdruck, dass er die Jukos-Affäre, die offiziell mit der Festnahme des Leiters des Sicherheitsdienstes seines Unternehmens, *Aleksej Pitschugin*, Anfang Juni 2003 begonnen und sich über die Verhaftung des Chefs der Menatep Bank und Hauptaktionärs bei Jukos *Anton Lebedew* Anfang Juli 2003 fortgesetzt hatte, für politisch motiviert halte. Dies bekräftigte er erneut in seiner Kritik über den Liberalismus in Russland Ende März 2004 und verwies darin u.a. auf Missstände beim Abhalten der Dumawahlen im Dezember 2003, die den ihm nahestehenden Oppositionsparteien eine Niederlage gebracht hatten.

(Eine ausführlichere Darstellung von Chodorkowskij's Sicht der Jukos-Affäre bietet der Kommentar von *Maria Ordzhonikidze*, der Direktorin des Pressezentrum der Rechtsanwälte von Chodorkowskij und Lebedew, auf Seite 8).

Fazit

Besonders die Auktion von Juganskneftegas verdeutlicht, dass es zwischen der Rechtsprechung des Kremls und den Kritikern keinen Spielraum für Kompromisse gibt. Der Erwerb von Juganskneftegas

durch die staatliche Rosneft spricht dafür, dass sich die „Silowiki“, die für vollstaatliche Energieunternehmen und eine vollständige Kontrolle über den Energiesektor plädieren, gegen die Gruppe der gemäßigten Juristen und wirtschaftsliberalen Vertreter in Putins Administration durchsetzen konnten. Hier haben sich die erstarkten Kontrollabsichten der Staatsmacht letztlich wie in den sich jahrelang hinziehenden und halbherzigen Reformbemühungen in der Energiewirtschaft erneut manifestiert.

Putins liberaler Wirtschaftsminister German Gref hatte die Notwendigkeit des staatlichen Vorgehens gegen Jukos zwar bekräftigt, aber in einem Interview Mitte Januar 2005 forderte er die Privatisierung von Rosneft und Juganskneftegas, um eine höhere wirtschaftliche Effektivität im Erdölsektor zu erzielen. Ob er damit auf offene Ohren stößt, bleibt abzuwarten. Solange der hohe Ölpreis eine positive Handelsbilanz und dementsprechende Staatseinnahmen gewährleistet, scheint die staatliche Steuerung im Energiesektor durch die „Silowiki“ im Land unanfechtbar zu sein.

Redaktion: Heiko Pleines

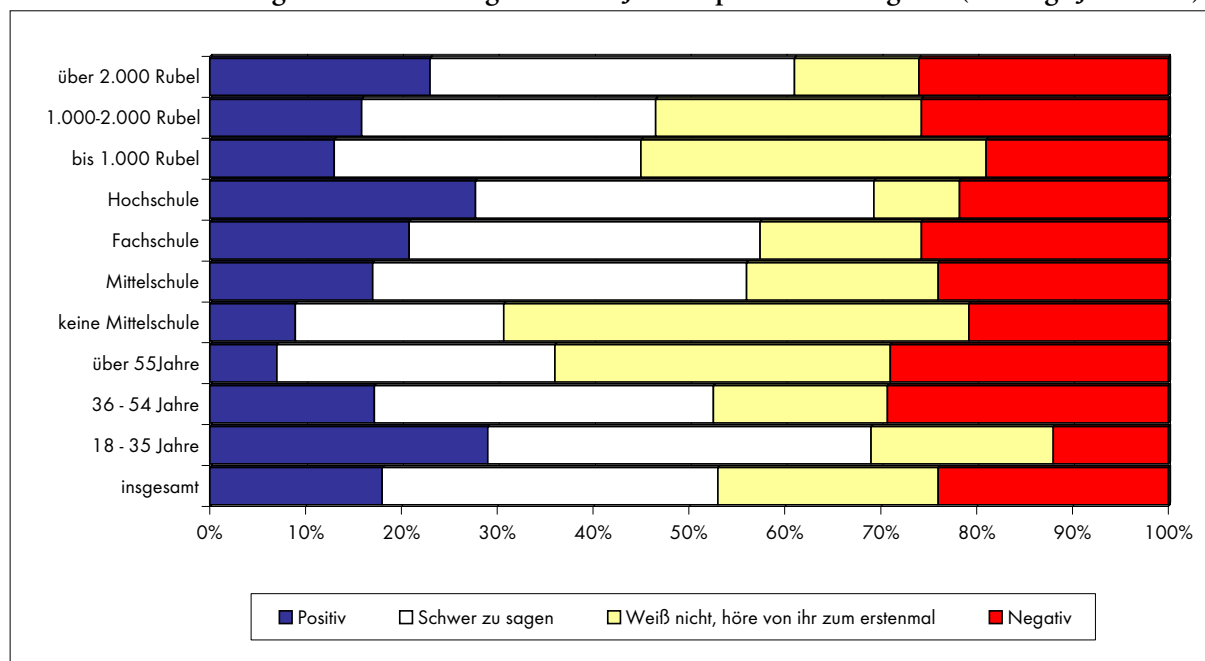
Angaben zur Autorin:

Dr. Josephine Bollinger-Kanne ist unabhängige Osteuropaexpertin in München.

Grafiken zum Text

Der Jukos-Prozess und die öffentliche Meinung 2003–2005

Wie ist Ihre Einstellung zu der Mineralölgesellschaft Jukos – positiv oder negativ? (Umfrage Juni 2004)



Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0426.zip>